

16. April 2019

Protokoll öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sozialwesen, Bildung, Kultur und Sport

Beginn: 19:00 Uhr	Ende: 20:20 Uhr
Ort:	Gemeindesaal, Eichhornstr. 4-5
Anwesende:	Hardy Pöschk, Detlef Bredow Wolfgang Krüger, Kerstin Rubenbauer Monika Kühn, Marianne Schmidt, Monika von der Lippe Frau Hinzpeter - HAL Frau Sperling – Protokoll Herr Quasdorf - Bürgermeister
Gäste	Frau Zech

TOP 1 – Begrüßung, Protokoll

Herr Pöschk begrüßt die Ausschussmitglieder.
Das Protokoll der letzten Sitzung wird bestätigt.

TOP 2 – Information der Hauptamtsleiterin

- Kapazität der Kindertagesstätten

Die Kitas sind zurzeit ausgelastet. Im Juni d. J. wird es uns noch gelingen Kinder aufzunehmen. Die Situation stellt sich etwas entkrampfter dar als erwartet, da sich einige Aufnahmen verschieben.

Frau Hinzpeter hatte sich am gestrigen Tag telefonisch mit dem Ministerium auseinandergesetzt, da wir eine ablehnende Stellungnahme zu unserer beabsichtigten Kapazitätserweiterung im Kinderdorf erhalten haben. Heute wurde nochmals ein Schreiben an das Ministerium gesandt, in dem unsere Situation dargestellt wurde und dargelegt, dass wir nicht davon ausgehen, dass im Kinderdorf eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, wenn aufgrund von 286 Kindern nochmals befristet wird. In den zurückliegenden 1 ½ Jahren wurde gut mit Eltern und Erziehern zusammengearbeitet. Inwieweit es gelingt, das Ministerium davon zu überzeugen, uns bei unserem Vorhaben zu unterstützen kann nicht vorhergesagt werden.

- Schulsozialarbeit

Es ist gelungen, in Zusammenarbeit mit der Grundschule seit dem 1.4.2019 die Schulsozialarbeit aufzunehmen. Seit dem vergangenden Sommer bin ich mit Herrn Konschak diesbezüglich im Gespräch, so Frau Hinzpeter. Die Gemeinde hat einen ausgebildeten Sozialarbeiter in der Jugendarbeit beschäftigt. Es wird zunächst an 2 Tagen in der Woche jeweils 5 Stunden die Sozialarbeit in der Grundschule erprobt. In den zurückliegenden 14 Tagen gab es bereits positive Resonanz – seitens der Schulleitung und der Schüler. Dem Sozialarbeiter ist bereits gelungen, dass sich einzelne

16. April 2019

Schüler selbst an ihn wenden und das Jugendzentrum besuchen. Ansatz war, sogenannte „Schlüsselkinder“ zu gewinnen, die Angebote des Jugendklubs wahrzunehmen. Die Erprobung ist bis zum November geplant. Die Schulsozialarbeit wird zu 100% durch die Gemeinde finanziert, so Frau Hinzpeter, es gibt keine Unterstützung durch den Landkreis.

Frau Rubenbauer erkundigt sich woran es liegt, dass der Landkreis die Schulsozialarbeit nicht finanziell unterstützt.

In der Jugendhilfeplanung hat Frau Hinzpeter vor längerer Zeit bereits angemerkt, dass wir es als Träger der Grundschule als notwendig erachten, dass dort bereits ab der 5. Klasse die Schulsozialarbeit angesiedelt wird. Der Landkreis hat sich zunächst innerhalb seiner Zuständigkeit für seine Schulen und die weiterführenden Schulen entschieden. Es gibt ihres Erachtens in keiner Grundschule Sozialarbeit, es sei denn, die Gemeinden finanzieren sie selbst.

Frau Rubenbauer bietet an, diese Problematik in den Landkreis zu tragen.

- Erweiterung Grundschule

Frau Hinzpeter setzt die Ausschussmitglieder darüber in Kenntnis, dass es in den nächsten Jahren notwendig wird, weitere Klassenräume an der Grundschule anzubauen. Vorstellbar wäre, seitens der Wielandstraße einen Anbau vorzunehmen. Nach jetziger Erkenntnis können es bis zu 9 Klassenräume werden. Hiermit werden wir uns in nächster Zeit auseinandersetzen müssen.

Es war abgestimmt, dass Herr Quasdorf die Ausführungen von Frau Hinzpeter geringfügig ergänzt. Er merkt an, dass er die Reaktion des Ministeriums auf unseren Antrag auf Kapazitätserweiterung als anmaßend empfindet. Es wurde vorgeschlagen, dass sich die Gemeinde in den Nachbargemeinden nach einem alten Schloß umsieht oder die Kinder in der Landkostarena unterbringt.

Die Verwaltung hat sich ihrerseits darum bemüht, neue Möglichkeiten zu finden um den Bedarf an Kitaplätzen zu decken und für die ehemaligen Kita - dem jetzigen Jugendklub - eine Studie erstellen lassen. Hier können ca. 80 bis 90 Kinder untergebracht werden – abhängig von der Altersstruktur. Dort stehen 1.132 m² BGF zur Verfügung, wir liegen bei einem Kostensatz von ca. 2560 €, dem jetzigen Index angemessen. Die Kosten/Platz betragen ca. 28.000 €. Es muss zeitnah eine Entscheidung getroffen werden, so Herr Quasdorf.

Herr Quasdorf informiert über eine Stellungnahme des Landrates auf „Facebook“ zum Beschluss der Gemeindevertretung über die Ermächtigung der Verwaltung zu prüfen, welche Wege gegangen werden müssen, um eine weiterführende Schule in Bestensee zu bekommen. Daraufhin stellte ein Kreistagsabgeordneter die Anfrage an den Landrat, ob dies überhaupt geht. Die Antwort ist nicht eindeutig. Einerseits ist die Bedingung erfüllt, indem ausreichend Schülerzahlen vorhanden sind, andererseits wurden die Zahlen nicht korrekt dargestellt. Ab dem nächsten Schuljahr sind die Klassen 3, 4 und 5-zügig, so dass die Kinderzahlen definitiv ausreichen werden, um die Klassen

16. April 2019

ausschließlich mit Bestenseer Kindern zu füllen. Als Bestenseer Bürgermeister – so Herr Quasdorf – ist für ihn nicht maßgebend, ob eine Schule beispielsweise in Groß Köris daraufhin geschlossen werden muss. Bestensee als sich entwickelnder Ort kann nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass ein anderer Schulstandort überlebt. Kooperationen sind grundsätzlich kein Problem, das Schulprogramm ist so entwickelt, dass Schüler aus Bestensee durchaus in die Gesamtschule nach Groß Köris wechseln könnten. Aber Groß Köris kann die Klassen bis Stufe 10 nicht aus eigenem Bestand sichern. 25% der Schüler kommen aus anderen Schulen. Herr Quasdorf sieht nicht ein, dass Bestenseer Schüler nach Groß Köris, Königs Wusterhausen oder anderswo fahren müssen um beschult zu werden. Bestensee ist ein eigenständiger Ort, dem zugestanden werden muss, den Schulstandort auszubauen. Den 1. Schritt hat Bestensee getan: zurzeit wird ein Fragebogen für die Eltern entworfen, der den Eltern übergeben wird. Hier werden 17 – 20% Rücklauf erwartet. Die Verwaltung wird sich an die Stellungnahme der Eltern bzgl. Standort, Sprachenangebot und fachlicher Orientierung anpassen. Ziel ist es, die Eltern von Beginn an in die Planung einzubeziehen, so dass sie hinter der Schule stehen.

Frau Rubenbauer erkundigt sich, ob es bereits eine Zeitschiene für den Schulanbau in der Wielandstraße gibt.

Bereits vor ca. 1 Jahr hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass es eine gemeinsame Aussprache mit der Schulleitung der Grundschule gab, in der der Schulleiter festgestellt hat, dass er zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen ist, dass innerhalb der nächsten 5 Jahre das Erfordernis besteht, nochmals neue Klassenräume anzubauen, die dringend benötigt werden. Daraufhin gab es ein weiteres Gespräch mit der Schulleitung, in dem beraten wurde, wie man die Thematik angehen könnte. Vor ca. 3 Wochen wurde beschlossen, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, die der Gemeindevertretung vorgelegt wird. Sie wird entscheiden, ob und wie gebaut wird. Eigentlich läuft uns die Zeit davon, so Herr Quasdorf. Es dauert zwar noch gut 4 Jahre bis der Bedarf vorhanden ist aber für die Planungs – und Genehmigungshase wird ca. 1 Jahr benötigt. Dazu gehört die Ausschreibung, Bauphase etc. Wir sind in der jetzigen Situation, dass die neue Gemeindevertretung nach der konstituierenden Sitzung intensiv beraten muss wie es weitergeht.

Herr Pöschk erkundigt sich nach dem Vereinshaus. Wird bei der Kitaplanung berücksichtigt, dass dort zurzeit noch Vereine sind? Erhalten die Vereine Alternativangebote?

Herr Quasdorf informiert, dass es bereits ein Gespräch zwischen Herrn Pöschk und Frau Hinzpeter gab und Herr Pöschk signalisiert habe, dass er beim Tischtennisverein nicht das große Problem sieht. Die Entscheidung, ob die Kita in der Waldstraße ausgebaut wird, so Herr Quasdorf, hängt zwangsläufig mit der Tischlerei zusammen. Vorgesehen ist, das Archiv in der Waldstraße in die ehemalige Tischlerei Kernbach auszulagern und den Jugendklub in das ehemalige Archiv zu verlegen.

Frau Zech wird im Anschluss im TOP 3 ihr Konzept und ihren freien Träger in Gründung vorstellen, so Frau Hinzpeter. Im Vorfeld dieser Sitzung gab es bereits 2 Gespräche, in denen sich Frau Hinzpeter und Frau Zech zu verschiedenen Dingen ausgetauscht haben. So wurde entschieden, dass Frau Zech den Ausschussmitgliedern in der heutigen Sitzung ihre Interessenbekundung einer freien Trägerschaft mitteilt und das Konzept vorstellt. Die Unterlagen und die erste Kostenschätzung hierzu wurden übergeben.

TOP 3 – Vorstellung des Konzeptes einer freien Kita-Trägerschaft durch Frau Zech, GF PINA gGmbH

Frau Zech stellt zunächst sich selbst und im Anschluss ihr Konzept der freien Trägerschaft vor – siehe Powerpoint-Präsentation im Anhang des Protokolls.

Im Anschluss an den Vortrag von Frau Zech werden seitens der Ausschussmitglieder Fragen gestellt, z. B. zum Personal, Grundriss/Fluchtwege, baurechtliche Belange etc.

Hier wirft Herr Quasdorf ein, dass für das Baurecht und den Brandschutz nicht die Gemeinde zuständig ist. Für ihn stellt sich die Frage – sofern die Entscheidung für oder gegen den freien Träger fällt – nach den Kosten. Die Kosten sind erst bekannt, wenn die Baugenehmigung erteilt ist bzw. in der Bauvoranfrage geklärt ist, was geregelt werden muss. Zuvor hat die Gemeinde das Problem, die Höhe der Kosten nicht einschätzen zu können. Kosten können immer steigen, wenn sich die Planung ändert oder neue Wünsche hinzukommen. Herr Quasdorf fasst zusammen, dass es schwer wird, eine Entscheidung zu treffen, denn in der Endkonsequenz finanziert die Gemeinde dem Eigentümer das Haus. Herr Quasdorf muss dies so in aller Deutlichkeit sagen, trotzdem achtet er das Vorhaben der freien Trägerschaft durch Frau Zech.

Die Ausschussmitglieder sehen die Idee der freien Trägerschaft in Bestensee grundsätzlich positiv und bedanken sich bei Frau Zech für ihr Engagement.

TOP 4 - Entwicklung gemeindliche FöMi-Richtlinie zur Regional- /Kulturförderung (HH-Ansatz 2019: 5000 €)

Herr Pöschk erinnert daran, dass diese Richtlinie bereits im Januar thematisiert wurde. Es wurde ein Zeitplan vorgegeben, 1 Tag vor Ablauf der Frist gab es lediglich 1 Reaktion von Frau von der Lippe. Im nächsten Ausschuss wurde erneut eine Frist festgelegt, um Zuarbeiten der Ausschussmitglieder einarbeiten zu können. Auch dieser Zeitpunkt ist verstrichen ohne dass es Zuarbeiten gab. Daraufhin wurde der Kämmerer beauftragt, den Entwurf der Förderrichtlinie zu überarbeiten, da noch haushalterische und steuerliche Festlegungen fehlten.

Jedes Ausschussmitglied erhält ein Exemplar der Richtlinie mit der Bitte, diese mit in die Fraktionen zur Beratung zu geben. Sofern der Ausschuss heute die Empfehlung gibt, wird die Förderrichtlinie der Gemeindevertretung am 21.5. zur Beschlussfassung vorgelegt. Ziel ist, dass die Vereine noch in diesem Jahr Fördermittel beantragen können.

Herr Quasdorf weist darauf hin, dass für einen Beschluss der GV am 21.5. notwendig ist, eine entsprechende Beschlussvorlage auf die Tagesordnung des Hauptausschuss am 7.5. und die GV am 21.5. zu setzen. Voraussetzung ist eine Stellungnahme des GSA in der heutigen Sitzung.

Herr Pöschk verliest den Entwurf der überarbeiteten Förderrichtlinie.

Frau von der Lippe hat einige Vorschläge und Anmerkungen:

- Punkt 1.3 - hier sind zwar viele Sparten des kulturellen Lebens aufgezählt worden, fraglich ist aber ob Musik, Theater und Tanz dazugehören, um ein komplettes Portfolio aller kulturellen Ausdrucksformen zu präsentieren oder kann man auch kurz „kulturell“ sagen? Sie favorisiert lediglich einen Oberbegriff. Frau von der Lippe hat täglich mit Förderprogrammen zu tun, legt selbst einige auf – sie möchte nur ihre Kompetenzen einbringen.

Der Ausschuss einigt sich, dass die Formulierung beibehalten wird.

- Punkt 1.5 – Gemeinnützige Ziele - erübrigt sich ihres Erachtens. Dies liege am Zuwendungsempfänger und nicht an der Maßnahme.
- Punkt 1.6 – Honorare für verantwortungsträger- Verantwortungsträger – sind z. B. auch Referenten. Frau von der Lippe erkundigt sich, was damit gemeint sei. Möglicherweise muss man klarer formulieren was genau gemeint ist.
- Es schließen sich bestimmte Sachen aus – auf Landesebene sind immer Verpflegung - sofern nicht Inhalt der Maßnahme - und Geschenke ausgeschlossen. Geringfügige Geschenke oder Blumen dagegen wären möglich.
Diese Festlegung soll in die Richtlinie aufgenommen werden.
- Bereits vorgeschlagen hatte Frau von der Lippe die Aufnahme eines Höchstbetrages, sodass möglichst viele Projekte profitieren können. Des Weiteren schlägt sie vor, dass man einen Punkt zu den Drittmitteln aufnimmt, so dass man auffordert, dass der Beantragende sich ebenfalls um Drittmittel bemüht.
- Punkt 2.1 – Antragstellung und Bewilligung – hier schlägt Frau von der Lippe die Aufnahme von Stichtagen vor, sodass nicht allein der zuerst Beantragende Nutznießer der Bewilligung ist.

Hier schlägt Herr Pöschk den 31. März für die Beantragung von Veranstaltungen im laufenden Jahr vor. Dem folgt der Ausschuss. Für 2019 gilt als Stichtag 31.08.

Herr Quasdorf wirft ein, dass eine Stichtagsregelung zwar gut sei, sie widerspricht jedoch dem Vorschlag „Reglementierung der Maximalhöhe“. Es gibt 32 Vereine, wendet man diese Regelung an, erhält jeder Verein 156 €.

Herr Pöschk verweist darauf, dass keine Pauschalen vorgesehen sind und jeder Verein in jedem Jahr 156 € erhält. Die Fördermittel sind für bestimmte Projekte vorgesehen. Der Ausschuss wird festlegen, welche Maßnahme förderungswürdig ist.

Die Idee hinter der maximalen Förderhöhe, so Frau von der Lippe, ist nicht, dass nur 2 Anträge über 2.500 € beantragt werden können, sondern eine Begrenzung auf beispielsweise 1.000 € festgelegt wird und mehr als 2 Vereine profitieren können.

Herr Pöschk erinnert daran, dass bereits über eine Maximalhöhe von 500 € gesprochen wurde.

16. April 2019

Die maximale Förderhöhe wird auf 500 € festgelegt.

- Punkt 2.2 – Verwendungsnachweis – wünschenswert wäre die Aufnahme einer Angabe zur Teilnehmerzahl, bestenfalls der Anteil der Bestenseer Bürger, die von der jeweiligen Maßnahme profitieren um einen möglichst hohen Wirkungsgrad für die Bestenseer Bürger zu erreichen. Auch diesem Vorschlag folgt der Ausschuss, er wird in die Förderrichtlinie aufgenommen.

Weitere Änderungsvorschläge gibt es nicht. Herr Pöschk wird sie gemeinsam mit dem Kämmerer einarbeiten und die korrigierte Förderrichtlinie ins RIS stellen lassen.

Es wird darüber abgestimmt, ob die Förderrichtlinie am 7. Mai dem Hauptausschuss und am 21. Mai der GV zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Enthaltungen

TOP 5 - Sonstiges

Herr Schulz hatte Herrn Pöschk gebeten darauf zu achten, dass sein Antrag zum Seniorensommerfest thematisiert wird. Wie in den Vorjahren auch beteiligt sich der GSA mit einer bestimmten Summe. I. d. R. wurden bisher Kaffee & Kuchen finanziert. Herr Pöschk schlägt vor, den Senioren für ihr Sommerfest 2019 aus dem Budget des Ausschusses 1.000 € zur Verfügung zu stellen. Hierzu wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja – Stimmen
/ Nein-Stimmen
/ Enthaltungen

Herr Pöschk informiert über einen Anruf von Frau Seehofer vom Hort Bestensee. Sie hatte vorgeschlagen, dass zur Seniorenweihnachtsfeier der Hort bereit ist, ein Programm mit dem Stück ~~„Das singende klingende Bäumchen“~~ aufzuführen. Herr Pöschk teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Seniorenweihnachtsfeier am 10.12. in der Landkostarena stattfindet. Da Herr Pöschk das Angebot der Frau Seehofer gern annehmen möchte, schlägt er vor, aus dem Budget für die Seniorenweihnachtsfeier 500 € für den Hort zur Verfügung zu stellen, die für Bühnendekoration und Kostüme verwendet werden sollen. Neben dem Hortprogramm werden voraussichtlich die Sänger auftreten und ein DJ engagiert, so der Vorschlag des Herrn Pöschk.

Es wird darüber abgestimmt, in das Programm der Seniorenweihnachtsfeier am 10.12. den Hort einzubinden und die finanziellen Mittel in Höhe von 500 € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
/ Nein-Stimmen

Des Traumszauberbaums

16. April 2019

/ Enthaltungen

Die öffentliche Sitzung wird um 20:20 Uhr beendet. Im Anschluss findet ein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.

Das Protokoll führte Frau Sperling.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'H. Pöschk', written in a cursive style.

Hardy Pöschk

Ausschussvorsitzender